Grünzeux

Informationen aus dem Kreistag Borken

von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

GRÜNE FORDERN: BÜRGER BEI DER ENDLAGERSUCHE BETEILIGEN!

Die Grünen im Kreistag pochen nach Veröffentlichung der ersten geologischen Zwischenergebnisse zur Endlagerung radioaktiven Abfalls in Deutschland in einem Antrag auf einen wissenschaftsbasierten Prozess und einen Beteiligungsprozess in der Region.

Die „Bundesgesellschaft für Endlagerung“ (BGE) hat Ende September 2020 eine Karte potenzieller Teilgebiete für die Endlagerung von radioaktivem Abfall veröffentlicht. In diesem Zwischenbericht sind auch vier Teilgebiete im Kreis Borken aufgeführt. Ein Großteil der Kreisfläche ist damit einem oder sogar mehreren Teilgebieten zugeordnet. Sämtliche Kommunen im Kreis Borken sind betroffen. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Kreistag, Jens Steiner, kritisiert: „Bei allem Respekt vor dem jetzt gewählten Verfahren und der sogenannten “weißen Landkarte”: die Region, insbesondere das Westmünsterland, hat mit dem Zwischenlager in Ahaus und der Atomfabrik in Gronau schon genug hochriskante Lasten dieses schwarzen Kapitels der deutschen Energiewirtschaft getragen. Von daher ist es schwer vermittelbar, dass wir jetzt auch noch möglicher Endlagerstandort werden könnten.“

Die Grünen, die sich von Anfang an gegen die Nutzung der Atomenergie ausgesprochen und eingesetzt haben, beobachten den bisherigen und weiteren Verlauf ebenfalls äußerst kritisch. Die Grünen legen größten Wert darauf, dass der Prozess auf wissenschaftlicher Grundlage einschließlich einer vollen Datentransparenz stattfinden müsse. Einen politischen Vorausschluss, wie ihn die bayrische Landesregierung bereits vornahm, dürfe es nicht geben. Die potenziellen Gesteine wie Ton und Kristallin müssen weiter intensiv und ergebnissoffen auf ihre Eignung hin, radioaktive Abfälle langfristig sicher zu lagern, erforscht werden.

Steiner betont die hohe Relevanz einer Bürger*innen-Beteiligung: „Ebenfalls müsse es auch einen transparenten Beteiligungsprozess in den betreffenden Regionen geben. Anders als in der Vergangenheit am nun verworfenen Standort Gorleben müssen die Entscheidungen offen sein.“ Dazu ergänzt Dietmar Eisele, Vorsitzender des Kreisentwicklungsausschusses: „Damit es am Ende keine Scheinbürgerbeteiligung wird, müssen wir uns intensiv einbringen. Das fängt schon damit an sicherzustellen, dass es ausreichend Zeit gibt für die Bürgerbeteiligung.“ Die entsprechende Zeit für eine Öffentlichkeitsbeteiligung ist angesichts der Lagerdauer von Jahrtausenden mehr als geboten. Da sich eine Mehrheit der Bürger*innen oft erst für diese Prozesse interessiert, wenn das eigene Umfeld bereits konkret betroffen ist, wollen die Grünen den Ablauf auch in der vergleichsweise frühen Phase umfassend begleiten. Die Menschen vor Ort müssen bereits jetzt über mögliche Entwicklungen informiert werden, damit sie sich aktiv einbringen können.

Der aktuelle Zeitplan, nachdem bis 2031 ein Standort gefunden ist, um ab 2050 den radioaktiven Müll einzulagern, wird bereits jetzt von Wissenschaftler*innen als unrealistisch eingeschätzt. Auch wie die Castoren aufgrund aktueller Befristungen in der Zwischenlagerung bis dahin weiter sicher gelagert werden können, bleibt unklar. Die Grünen pochen darauf, dass alle potenziellen Daten und Fristen samt ihrer Schwierigkeiten kommuniziert werden und für alle einsehbar sind. Nur so kann der Prozess offen fortgeführt werden. Die Fehler von Gorleben dürfen sich schließlich nicht wiederholen.

Das Westmünsterland liegt im Herzen Europas und viele Menschen hier leben, lieben und arbeiten über Grenzen hinweg – vielleicht auch du? Wir Grüne sind überzeugt: Auch und gerade in der Coronakrise müssen wir gemeinsam und solidarisch mit unseren europäischen Nachbarländern handeln!

Zum jetzigen Zeitpunkt ist die einzig wirksame Gegenmaßnahme, dass alle Bürger*innen des Landes die Zahl ihrer physischen Kontakte drastisch reduzieren. Das richtet sich zum einen ganz persönlich an uns alle in unserem privaten Verhalten. Es erfordert auch drastische Einschnitte im öffentlichen Leben, denn ohne wirksame Gegenmaßnahmen wird die Zahl der verfügbaren Intensivbetten und des verfügbaren Pflegepersonals in den Kliniken schon in wenigen Wochen nicht mehr ausreichen. Wir müssen die akut drohende baldige Überforderung des Gesundheitssystems verhindern.

Aber klar ist auch: Das darf nicht noch einmal passieren. Die Regierung muss das Herunterfahren jetzt nutzen, um einen Weg durch den Herbst und Winter aufzuzeigen und eine weitsichtige Strategie zu entwickeln. Wir müssen weg von dem Ad-hoc-Reaktionsmodus. Deshalb erwarten wir von der Regierung, dass sie endlich Klarheit darüber gewinnt, über welche konkreten Wege sich die Infektionen am meisten verbreiten. Nur mit diesem Wissen kann es einen planbaren und weitsichtigen Weg durch die kalte Jahreszeit geben. Nur auf dieser Grundlage kann es einen besseren Schutz von Risikogruppen geben und ein klares Regelwerk für die Zeit nach dem Wellenbrecher.

GRÜNE: KREIS BORKEN SOLL ÖKO-MODELLREGION WERDEN

Die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen will, dass die Kreisverwaltung sich bei der nordrhein-westfälischen Landesregierung als Öko-Modellregion bewirbt. Die Landesregierung NRW will den Ökolandbau in Nordrhein-Westfalen ausweiten. Derzeit ist Nordrhein-Westfalen bundesweit Schlusslicht beim Ökolandbau, nur 6,0 Prozent der Agrarflächen im Land werden ökologisch bewirtschaftet und die Landesregierung verfolgt nunmehr das Ziel, diesen Anteil bis 2030 auf 20 Prozent zu steigern. Der Kreis Borken mit einer Bioanbaufläche von ca. 1,6% ist damit eines der Schlusslichter bundesweit. Vorbild für Nordrhein-Westfalen sind dabei Bayern und Baden-Württemberg. In Bayern werden nach Angaben der Landesvereinigung für den ökologischen Landbau 2019 rund elf Prozent der landwirtschaftlichen Flächen ökologisch bewirtschaftet, in Baden-Württemberg waren es nach Landesangaben sogar 14 Prozent.

„Die Corona-Pandemie macht es überdeutlich: bio und regional zu produzieren ist das Gebot der Stunde," sagt Jens Steiner, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Kreistag. Das weltweite Ernährungssystem befinde sich in der Krise: die regionalen Warenströme wurden in den letzten Jahrzehnten immer weiter verdrängt. Durch zentrale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen müssten sich Landwirte oft dem Druck großer Verarbeitungsbetriebe, Supermärkte und Discounter beugen, um ihre Produkte absetzen zu können. Dabei sinkt der Wert von Produkten, da sie namen- und gesichtslos sind, und die Pfade für regionale Warenströme – mit hoher Wertschöpfung für die Produktionsseite – gehen verloren. „Bio und regional ist optimal, aber noch nicht normal," sagt Steiner.

Auf Verbraucherebene steigt die Nachfrage nach Bioprodukten und auch die Bereitschaft der höheren Entlohnung steigt. Die Corona-Krise hat den Wandel dabei beschleunigt. Es wurde deutlich, wie wichtig regionale Warenströme und Strukturen sind – nicht nur im Lebensmittelbereich. Das Prinzip der Öko-Modellregionen gibt den Regionen die Möglichkeit, den Ökolandbau zu stärken und dabei Arbeitsplätze und die Versorgung mit regionalen, gesunden Lebensmitteln in den ländlichen Gebieten zu halten. Gleichzeitig wird das Bewusstsein für ökologische und regionale Produkte auch in anderen Konsumgüterbereichen gestärkt. Davon profitieren Betriebe genauso wie Verbraucherinnen und Verbraucher.

Nach den Plänen von Landesumweltministerin Ursula Heinen-Esser können sich die Kreise in NRW als Öko-Modellregion bewerben. Jede Öko-Modellregion bekommt dann vom Land einen Berater finanziert, der sich vor Ort um die Koordinierung kümmert. Der Fokus liegt dabei auf kommunalen und regionalen Strukturen und Netzwerken. Entscheidend bei der Beratung ist daher die Vernetzung aller an der ‚Wertschöpfungskette Lebensmittel' beteiligten Akteure. Beispiele für Tätigkeitsfelder in Öko-Modellregionen sind etwa der Aufbau von bäuerlichen Liefergemeinschaften für den Lebensmitteleinzelhandel oder der Ausbau der Direktvermarktung zum Erhalt der regionalen Nahversorgung auf dem Land, aber auch die Umstellungsberatung auf den Betrieben.

Für die staatlich anerkannten Öko-Modellregionen ist kein fester Mindestanteil an ökologisch bewirtschafteten Flächen vorgeschrieben. So konnten sich in Hessen beispielsweise der eher für seine intensive Landwirtschaft bekannte Wetteraukreis (ehemals circa fünf Prozent Bioflächenanteil) genauso erfolgreich bewerben wie der Landkreis Fulda mit einem hohen Bioflächenanteil (derzeit 15 Prozent). „Eine Öko-Modellregion ist also keine Auszeichnung für vergangene Verdienste. Stattdessen verpflichten sich die Kommunen und Akteurinnen und Akteure, sich auf den Weg zu mehr Ökolandbau zu machen: Entscheidend sind überzeugende Konzepte, um neue Biobetriebe und Biokundinnen und -kunden zu gewinnen. Hier liegt die Chance, den Markt verbraucherorientiert zu gestalten," betont Steiner.

GRÜNE SETZEN HEBAMMENVERSORGUNG IM KREIS AUF DIE TAGESORDNUNG

Die Geburt des eigenen Kindes ist für Eltern eine der prägendsten Erfahrungen im Leben – ein Wechselbad der Gefühle zwischen (Vor-)Freude, Erschöpfung und Unsicherheit. Eltern wünschen sich daher eine persönliche Begleitung durch Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett, die ihnen einen geschützten Rahmen bietet und ihre Wünsche in den Mittelpunkt stellt. Auch aus Sicht von Hebammen und Geburtshelferinnen sind persönliche Zuwendung und das Eingehen auf die Bedürfnisse der Frauen essentiell, um Familien einen guten Start ins Leben zu ermöglichen. Diese Wünsche und Ansprüche können derzeit oft nicht erfüllt werden, denn aufgrund vieler Faktoren und Unsicherheiten gibt es immer weniger freiberufliche Hebammen und Entbindungsbetten

Die Schließung der Geburtsabteilung im St. Marien-Hospital Borken verlängert die Wege der Schwangeren zu den Kliniken im Umland. Die hohen Versicherungskosten für freiberufliche Hebammen machen den Job unattraktiver, so dass immer weniger von ihnen für die Begleitung der Frauen zur Verfügung stehen. Und ab dem Jahr 2023 kommt die Akademisierung der Hebammen-Ausbildung, die den Berufsstand vor neue Herausforderungen stellt. „Immer häufiger ist von Schwangeren zu hören, dass es schwierig sei, eine Hebamme für die Vor- und Nachbetreuung der Geburt zu finden," sagt Dr. Claudia Jung, Grüne Kreistagsabgeordnete aus Borken. Auf Anfrage der Grünen Fraktion teilte die Kreisverwaltung nun mit, dass die Versorgungssituation von Schwangeren mit Hebammen im Kreis Borken wie auch im gesamten Münsterland insgesamt als angespannt eingeschätzt wird.

Zudem steht eine Reform der Berufsausbildung der Hebammen bevor. Denn Deutschland ist in der Europäischen Union das letzte Land, in dem Hebammen noch nicht an Hochschulen ausgebildet werden. Das soll sich demnächst ändern. Aufgrund einer EU-Richtlinie soll die Hebammen-Ausbildung ab Januar 2020 akademisiert werden. Die theoretische Ausbildung erfolgt dann an einer Hochschule, die praktische Ausbildung in geburtshilflichen Abteilungen. „Dabei ist zu befürchten, dass sich die ausgebildeten Fachkräfte vorrangig am Studienort um eine Anstellung bewerben oder sich dort niederlassen wollen," sagt Jens Steiner, Vorsitzender der GRÜNEN Kreistagfraktion. „Wir müssen alles daran setzen, dass Fachkräfte hier im Kreis bleiben. Hierzu muss in Zukunft der praktische Ausbildungteil im Rahmen des dualen Studiums zur Hebamme im Kreises Borken absolviert werden können."

In der Kommunalen Gesundheitskonferenz des Kreises Borken wirken bislang (neben den Vertretern aus den Kommunalverwaltungen und Mitgliedern des Fachausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit) 15 ständige institutionelle Vertreter aus Reihen der Gesundheitsversorgung, der Selbsthilfe und aus Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge. Abhängig von den Beratungsgegenständen der Tagesordnung gibt es die Möglichkeit, zu jeder Sitzung besondere Gäste einzuladen.

Dazu sollten die Hebammen aus Sicht der Grünen auch in die Kommunale Gesundheitskonferenz des Kreises Borken eingebunden werden, sagt der Ahauser Kreistagsabgeordnete Dietmar Eisele. Diese Idee der Grünen wird nun auch von der Kreisverwaltung unterstützt. Diese schlägt vor, die Vorsitzende der Hebammen des Kreises Borken als Vertreterin in die Kommunale Gesundheitskonferenz aufzunehmen. Die Vertreterin der Hebammen ist auch im Netzwerk „Frühe Hilfen" des Fachbereichs Jugend und Familie vertreten.

Abschließend fragen die Grünen nach der Unterstützung der Hebammen bei der Beschaffung benötigter Schutzkleidung und Masken vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und wollen wissen, in wie weit die Hebammen seitens des Gesundheitsamtes oder einer anderen Stelle unterstützt werden und an welchen Stellen im Kreis die notwendigen Schutzmaterialen zur Verfügung stehen.

Der Naturpark Hohe Mark-Westmünsterland e.V. wurde erneut als „Qualitäts-Naturpark" ausgezeichnet und erhält damit nach 2009 und 2015 zum dritten Mal in Folge die Auszeichnung als Qualitätsnaturpark.

Im Rahmen der „Qualitätsoffensive Naturparke" wurden zwölf Naturparke vom Verband Deutscher Naturparke e. V. (VDN) ausgezeichnet – acht davon zum wiederholten Male. Sein bislang bestes Abschneiden belegt die kontinuierlich erfolgreiche Arbeit des Naturparks Hohe Mark.

Im Bericht über die Evaluierung wurde von den Scouts besonders hervorgehoben, dass mit der Broschüre „Seitensprünge ins Grüne" eine gelungene Zusammenfassung für die naturbetonte Erholung existiert.

Die an der Qualitätsoffensive Naturparke teilnehmenden Naturparke beantworten mehr als 100 Fragen zu ihrer Arbeit im Bereich „Management und Organisation" sowie in den vier Handlungsfeldern „Naturschutz und Landschaftspflege", „Erholung und nachhaltiger Tourismus", „Bildung und Kommunikation" sowie „Nachhaltige Regionalentwicklung".

Jeder teilnehmende Naturpark wurde im Anschluss von einem so genannten „Qualitäts-Scout" bereist, evaluiert und beraten.

Die neue Fraktion der Grünen im Kreistag Borken hat ihren Fraktionsvorstand gewählt. Der Kreistagsabgeordnete Jens Steiner wurde einstimmig zum neuen Vorsitzenden der Grünen Kreistagsfraktion gewählt. Die Kreistagsabgeordnete Daniela Kersting wurde ebenfalls einstimmig zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt.

„Wir freuen uns sehr über das einstimmige Ergebnis und bedanken uns bei der Fraktion für die Wahl zum Fraktionsvorstand," betonen Steiner und Kersting. Die auf 9 Kreistagsmitglieder vergrößerte Grüne Fraktion will in der kommenden Wahlperiode mit großem Engagement die Ziele der Grünen verfolgen und in Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Fraktionen daran arbeiten, eine nachhaltige und positive Zukunft für das Westmünsterland zu gestalten. „Wir wissen, dass dieses starke Wahlergebnis auch ein großer Auftrag an uns als Grüne Kreistagsfraktion ist. Wir befinden uns im entscheidenden Jahrzehnt im Kampf gegen die Klimakrise. Und der fängt vor Ort an. Wir wollen den Kreis Borken klimaneutral machen, eine Verkehrspolitik machen, die den Menschen und nicht nur das Auto in den Mittelpunkt stellt. Eine Politik die den Zusammenhalt im Westmünsterland stärkt und Wohnen auch für Menschen mit geringerem Einkommen weiterhin bezahlbar macht. Wir wollen dass der Kreis Borken sicherer Hafen ist, für Menschen die Schutz und Hilfe brauchen."

DAS SCHWEIGEN BRECHEN: NEIN ZU GEWALT AN FRAUEN!

Auch in diesem Jahr fand am 25.11. wieder der Tag gegen Gewalt an Frauen statt. Leider ist dieser Aktionstag immer noch dringend nötig. Jeden Tag versucht in unserem Land ein Mann, seine Partnerin zu töten, an jedem dritten Tag gelingt der Versuch.

Diese Femizide – Morde an Frauen aufgrund ihres Geschlechts – müssen als solche benannt werden und angemessen verfolgt und bestraft werden. Mindestens genauso wichtig ist es aber, die Ursachen für Gewalt gegen Frauen in unserer Gesellschaft zu analysieren und ihnen wirksam entgegen zu treten. Das beginnt damit, dass wir Morde an Lebenspartnerinnen und geschlechtsspezifische Gewalt beim Namen nennen. Begriffe wie „Beziehungstat" oder „Eifersuchtsdrama" verharmlosen die Tat, verschleiern das Leid der Opfer und dienen der Entschuldung der Täter.

„Am internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen gilt unsere Solidarität allen, die sich überall auf der Welt für gleiche Rechte und gegen Gewalt einsetzen. Opfer von Gewalt brauchen unsere volle Unterstützung. Gewalt gegen Frauen ist keine Privatsache, sondern strukturelles Unrecht, gegen das wir uns gemeinsam mit ganzer Kraft stellen," sagt Daniela Kersting, stellvertretende Fraktionsvorsitzender der Grünen im Borkener Kreistag. Es ist die Aufgabe des Staates, Bürger*innen vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen. Dazu gehören unter anderem Präventionsprogramme an Schulen, auch für Männer, ein gut aufgestelltes Netzwerk an Frauenhäusern sowie Beratungs- und Interventionsstellen, und eine Sensibilisierung der Justiz in diesem Bereich durch Schulungen für Richter*innen und Polizist*innen.

Im Jahr 2019 wurden laut Bundeskriminalamt 122 Frauen Opfer eines Femizids, im Jahr 2020 ist diese Zahl bereits Ende August überschritten worden. Im Jahr 2019 wurden mehr als 114.000 Frauen in Deutschland Opfer von häuslicher Gewalt, Bedrohungen oder Nötigungen durch ihre Partner oder Ex-Partner.

Expert*innen befürchten, dass seit Beginn der Corona-Pandemie häusliche Gewalt noch einmal stark zugenommen hat und gleichzeitig unsichtbarer geworden ist. Durch die Kontaktbeschränkungen bekomme das soziale Umfeld der misshandelten Menschen weniger davon mit. Auch steigen aufgrund der Pandemie Existenzängste und damit der emotionale Druck. Dieser könne zu Gewalt führen.

GRÜNE und CDU vereinbaren Zusammenarbeit im LWL

Die Spitzen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landschaftsverband Westfalen-Lippe haben sich auf eine Zusammenarbeit für die kommende Wahlperiode verständigt. Gemeinsames Ziel ist es, den Landschaftsverband Westfalen-Lippe zukunftsfähig aufzustellen. "In den zurückliegenden, äußerst konstruktiven Gesprächen haben wir bei den wichtigen Aufgabenfeldern des LWL sowie bei den Zukunftsthemen Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Digitalisierung große Übereinstimmungen festgestellt. Wir sind davon überzeugt, dass wir im Sinne der Menschen in Westfalen-Lippe gute Politik machen werden", erklären die CDU-Fraktionsvorsitzende Eva Irrgang sowie die Fraktionssprecherinnen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Martina Müller und Karen Haltaufderheide. Zwischen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN besteht Einigkeit darin, dass auch mit den Fraktionen von SPD und FDP offener und sachorientierter Austausch gepflegt werden soll. "Wir sind weiterhin sehr an einem guten Verhältnis zu SPD und FDP interessiert", so die Spitzen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unisono.

Aus dem Kreis Borken gehört auf Vorschlag der Grünen Fraktion weiterhin Gertrud Welper der Landschaftsversammlung, der parlamentarischen Vertretung des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe an. Sie war in der vergangenen Wahlperiode stellvertretende Vorsitzende der Landschaftsversammlung. Die neu gewählte 15. Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe tritt erstmalig am 21. Januar 2021 zusammen. In der Zeit bis zur konstituierenden Sitzung werden zwischen CDU und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN weitere Abstimmungsgespräche stattfinden.

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) ist ein Kommunalverband, der Aufgaben im sozialen Bereich, in der Behinderten- und Jugendhilfe, in der Psychiatrie, Maßregelvollzug und in der Kultur in der Region Westfalen-Lippe übernimmt. Der LWL betreibt Museen, Schulen, psychiatrische und forensische Kliniken.

Grüne bilden Fraktionsgemeinschaft mit Robert Brandt (DIE LINKE)

Die neun Kreistagsmitglieder von Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Kreistagsabgeordnete der Linken, Robert Brandt aus Gronau, haben sich auf eine Zusammenarbeit im Borkener Kreistag geeinigt. Die Zusammenarbeit soll in Form einer Fraktionsgemeinschaft stattfinden. Bereits in den vergangenen Jahren haben die Grünen und die Linke im Kreistag stets gut und konstruktiv zusammengearbeitet. Zusammen mit Robert Brandt hat die Fraktion nun zehn Sitze im Kreistag und ist damit die zweitgrößte Fraktion nach der CDU.

Jens Steiner, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Kreistag, sagte, er sei „sehr froh, dass wir die bisherige gute Zusammenarbeit nun in einer gemeinsamen Fraktion fortsetzen." In den wichtigen Fragen haben Grüne und Linke im Kreistag „gemeinsame Zielvorstellungen und daher regelmäßig gemeinsam abgestimmt." Die Zusammenarbeit zeigte sich auch bisher schon durch gemeinsame Anträge und Anfragen an die Kreisverwaltung.

Die gemeinsamen Sachthemen, so betont auch Robert Brandt, seien „zukunftsweisend für den Kreis Borken und für das Wohl ihrer Bürger*innen." Es gebe viele inhaltliche Ansatzpunkte, die auf kommunaler Ebene eine Zusammenarbeit der beiden Parteien nahelegen. Schwerpunkte sollen in den Bereichen Nachhaltigkeit und Klimaschutz, modernen Mobilitätskonzepten, bezahlbarem Wohnraum und energieeffizientem Bauen sowie insgesamt in einer sozial-ökologischen Kreisentwicklung gesetzt werden. Auch in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Bildung, Wirtschaft und Gewerbeentwicklung gibt es zahlreiche Übereinstimmungen. Beide Parteien fordern zudem mehr Transparenz und Öffentlichkeit, auch mit digitalen Angeboten, und eine konsequente Barrierefreiheit. Sie setzen sich gleichermaßen für Gerechtigkeit, Teilhabe und Gleichberechtigung ein.

Die Fraktionsgemeinschaft hat sich das Ziel gesetzt, im Sinne eines starken, weltoffenen und vielfältigen Westmünsterlands im Kreistag konstruktiv mitzuwirken und zu gestalten.

Der deutsche Atomausstieg bis 2022 ist beschlossen. Trotzdem werden nach derzeitigen Planungen auch danach Atomanlagen wie die Urananreicherungsanlage in Gronau weiter betrieben. Dabei entsteht hochgiftiger Atommüll, der nach Russland exportiert wird und dessen Verbleib völlig unklar ist – eine Verwendung für militärische Zwecke kann nicht ausgeschlossen werden und verstößt damit gegen geltende EU-Sanktionen gegen Russland. Auf dem Bild ist ein solcher Transport zu sehen. Die Fässer sind offensichtlich nicht geschützt.

Wir fordern: Die Urananreicherung in NRW muss endlich beendet und die Atommüllexporte gestoppt werden!

Herausgeber

Herausgeber:
Grüne Kreisagsfraktion Borken

www.gruene-kreis-borken.de
facebook.com/gruenekreisborken

V.i.S.d.P.:
Jens Steiner
Fraktionsvorsitzender
Kridtstr. 24 | 48619 Heek
Telefon: 0151-59184847